

Eingangsstatement zur gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Sozialausschusses am 15.02.2024 zum Haushaltsentwurf 2024

- Der Haushalt des MSJFSIG (Einzelplan 10) umfasst im Haushaltsentwurf 2024 ein **Ausgabevolumen von 2.927.685,1 T€**.
- Gegenüber dem Haushaltsansatz 2023 von 2.742.522,1 T€ bedeutet dies eine **Steigerung von 185.163,0 T€ oder rund 6 Prozent**.
- Der Einzelplan 10 stellt sich im Abschluss wie folgt dar:

Vergleich Ansatz 2023 zum Soll 2024

	2023 (T€)	2024 (T€)	Differenz (T€)
Personalausgaben	46.099,7	50.828,1	+4.728,4
sächl. Verwaltungsausgaben	73.571,2	106.528,4	+32.957,2
Budget I	119.670,9	157.356,5	+37.685,6
Budget II	2.622.851,2	2.770.328,6	+147.477,4
Einzelplan 10 gesamt	2.742.522,1	2.927.685,1	+185.163,0
Einnahmen	547.069,1	500.304,6	-46.764,5
Zuschussbedarf	2.195.453,0	2.427.380,5	+231.927,5

- Der Haushalt im Einzelplan 10 ist maßgeblich durch **gesetzliche Ausgaben oder bereits gebundene Mittel** geprägt.
- Der Anteil an **gesetzlichen Leistungen** (u.a. Eingliederungshilfe und andere soziale Leistungen, Unterhaltsvorschussgesetz, Kita-Finanzierung...etc.) beträgt **rd. 78 Prozent**.
- **Zusammen mit den Personalausgaben sowie durchlaufenden Mitteln** ergibt sich ein Anteil von **mehr als 93 Prozent an gebundenen Mitteln**.

Einsparungen

1 Grundsätzlich:

- In einer schwierigen Haushaltslage müssen alle Ressorts sparen.
- Die Herausforderungen für die kommenden Jahre werden noch größer werden als für das Jahr 2024.
- Der Gesamthaushalt beläuft sich auf rund 16 Mrd. Euro und es müssen rund 500 Mio. Euro eingespart werden.
- Rund 100 Mio. Euro der Einsparsumme wurden auf die Ressorts verteilt.
- Im Sozialministerium müssen demnach für den **Haushaltsentwurf 2024 Einsparungen in Höhe von 23,7 Mio. Euro erbracht** werden.
- Als Sozialministerium haben wir die Entscheidung getroffen, dass die **Einsparungen im Jahr 2024 vor allem aus bestehenden einmaligen Rücklagen, Titelminderungen und einer strukturellen (also dauerhaften) Maßnahme** erfolgen.
- Die **23,7 Mio. Euro** ergeben sich aus diesen drei Summen:
 - **rund 14 Mio. Euro Rücklage,**
 - **rund 4 Mio. Titelminderungen und**
 - **rund 4 Mio. Euro strukturelle Maßnahme Hort-Gruppen-Erweiterung.**

2 Erläuterung zu den einzelnen Maßnahmen:

- **Erste Maßnahme – Rücklagen (rund 14 Mio. Euro)**
 - Die Rücklagen sind Mittel, die in der Vergangenheit nicht ausgegeben wurden.
 - Darauf folgen keine inhaltlichen Auswirkungen oder Maßnahmen, die damit nicht begonnen werden.
 - **Das sind die Rücklagen:**
 - Kompetenzteams Inklusion,
 - Förderung von Maßnahmen freier Träger zur Fachkräftegewinnung,
 - Jugendherberge Niendorf,
 - Jugendsegelschiff,
 - Kita-Aktionsprogramm

- **Zweite Maßnahme – Einsparungen im eigenen Geschäftsbereich und Titelkürzungen (rund 4 Mio. Euro)**
 - Hierzu gehört unter anderem, dass die vereinbarte Einrichtung einer **Stabstelle Antidiskriminierung** vorerst ausgesetzt ist bzw. **andere im KoaV vereinbarte Maßnahmen wie z.B. die kommunalen Präventionsketten** mit weniger finanzieller Unterstützung als ursprünglich angedacht gestartet werden müssen.
 - Daneben werden Ausgaben im **eigenen Geschäftsbereich**, die zur Bewirtschaftung des Ministeriums dienen, abgesenkt.
- **Dritte Maßnahme - Hort-Gruppen-Erweiterung (erst 4,6 Mio., dann 6 Mio. Euro):**
 - diese Maßnahme erbringt strukturell 6 Mio. Euro
 - in 2024 lediglich 4,6 Mio., da die Maßnahme erst ab April greift
 - ab 2025 6 Mio. Euro jährlich

Inhaltlich:

- Die Gruppengröße ausschließlich für Horte wird von 20 auf bis zu 25 Schulkinder je Gruppe erhöht.
- Von dieser Maßnahme sind **ca. 150 Hort-Kitas und rund 7.000 Schulkinder betroffen** – insgesamt werden aktuell in rund 1.850 Kitas rund 114.000 Kinder betreut.
- Uns ist es wichtig, dass die deutlich sensibleren Bereiche wie der Elementar- aber vor allem der Krippenbereich, ausgenommen bleiben.
- So kommt es hier ganz besonders darauf an, dass die **Gruppen auf 20 (max. 22) begrenzt** bleiben.
- Nur so ist es hier möglich, den Bildungsauftrag weiterhin gut umzusetzen und die Kinder bestmöglich in ihrer Entwicklung zu stärken.
- Im Hortbereich werden Schulkinder betreut, die älter, selbständiger sowie in ihrer Entwicklung bereits gefestigter sind und zudem durch ihren Schulbesuch Bildung erfahren.

- Durch die Gruppengrößenerhöhung wird ein etwas stärkeres Gewicht auf eine gute Betreuung gelegt, was aus den genannten Gründen fachlich pädagogisch vertretbar ist.

3 **Fazit:**

- Es war uns wichtig **vorerst Rücklagen** zu verwenden, **die nicht genutzt wurden**.
- Denn diese Mittelverwendung hat **keine Auswirkung auf sozialpolitische Bereiche**.
- Der Einzelplan des Sozialministeriums besteht aus **rund 93% gesetzlich (und vor allem bundesgesetzlich) verpflichtenden Ausgaben** (siehe oben).
- Das bedeutet, dass **wenig Spielraum für Einsparungen** besteht.
- **Einsparmöglichkeiten** bestehen deshalb im Grund **nur im Bereich landesgesetzliche Regelungen und freiwillige Maßnahmen**.
- Viele hatten die **Befürchtung**, dass deshalb eine **massive Kürzung im KiTa-Bereich (landesgesetzlich) oder Sozialbereich**, also **Förderung von Vereinen oder Verbänden (freiwillige Leistungen)** erfolgen könnte.
- Eine strukturelle Einsparung besteht durchaus im KiTa-Bereich durch die **Hort-Gruppen-Erweiterung**, aber nicht im Kernbereich der KiTa.
- Diese Anpassung war unter Abwägung aller Umstände die für uns **sinnvollste Maßnahme**.
 - Zum Hintergrund: Die Förderung im Bereich der Kindertagesstätten steigt in 2024 um 96 Mio. Euro auf rund 697 Mio. Euro (rund 16 Prozent).

Zu den Ausgaben, die trotz der zu erbringenden Einsparungen angehoben werden:

1. Sozialgesetzbuch XIV. Buch (Kapitel 1003)

- Am 1. Januar 2024 ist das neue Sozialgesetzbuch – Vierzehntes Buch (SGB XIV) in Kraft getreten und **regelt weite Bereiche des Sozialen Entschädigungsrechts (SER) neu.**
- Mit dieser längst überfälligen **Reform** hat der **Bundesgesetzgeber** das **Recht der sozialen Entschädigung**, das bislang nach wie vor sehr stark an den Bedürfnissen der Kriegsbeschädigten der beiden Weltkriege und ihrer Hinterbliebenen ausgerichtet war, vollständig reformiert.
- Die in **Zukunft größte Gruppe entschädigungsberechtigter Personen im SER werden die Opfer von Gewalttaten und anderer diesen gleichgestellten Taten** sein.
- Infolge der Änderungen **steigen die Ausgaben** im Kapitel 1003 **abzüglich der Erstattungen des Bundes voraussichtlich um rund 34% auf rund 25,84 Mio. € in zahlreichen Titeln.**
- Wie sich die Kosten genau **entwickeln** werden, ist **noch unsicher.**
- So lässt sich die **Zahl möglicher neuer Anträge nur schwer vorhersagen.**
- Wichtig ist, dass das Land seiner Verantwortung gerecht wird, und die leistungsberechtigten Personen, die nach dem Gedanken der Aufopferung und des Sonderopfers unsere Unterstützung brauchen, auch schnell und angemessen versorgt werden.

2. Eingliederungs- und Sozialhilfe (Kapitel 1005)

- Die **Ausgaben steigen** in der **Eingliederungshilfe von rd. 818 Mio. € auf rd. 867 Mio. €** und in der **Sozialhilfe von rd. 143 Mio. € auf rd. 147 Mio. €.**
- Gründe für die Kostensteigerung in der Eingliederungshilfe sind
 - unter anderem **gestiegene Personal- und Sachkosten** als Folge der hohen **Inflation** und des **russischen Angriffskrieges** in der Ukraine,
 - die Folgen der **Umsetzung des neuen Landesrahmenvertrags SGB IX**
 - sowie eine durch **Fallzahlenanstieg bedingte Kostensteigerung.**

- Die Veranschlagung der Sozialhilfe berücksichtigt ebenso die Kostensteigerung durch gestiegene Personal- und Sachkosten als Folge der hohen Inflation und des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und darüber hinaus eine durch Fallzahlenanstieg bedingte Kostensteigerung sowie moderate Auswirkungen bundesgesetzlicher Änderungen in der Sozialhilfe (z.B. die überdurchschnittliche Anhebung der Regelsätze).
- Die Ausgaben für Leistungen der Eingliederungs- und Sozialhilfe für Schutzsuchende aus der Ukraine werden weiter gesondert veranschlagt.
- Für **Ausgaben, die aufgrund des Rechtskreiswechsels** gemäß der Ausführungsgesetze SGB IX und SGB XII **vom Land zu finanzieren** sind, werden - wie im Vorjahr - in der **Eingliederungshilfe Mittel in Höhe von 13,2 Mio. €** und in der **Sozialhilfe Mittel in Höhe von 3,6 Mio. € veranschlagt**.
- **Zusätzlich** werden im **Sozialhilfetitel erstmals Mittel in Höhe von 5,6 Mio. Euro für die Erstattung der im Jahr 2023 entstandenen und nicht über die gesetzliche Erstattung nach dem AG-SGB XII gedeckten Sozialhilfeausgaben der Kreise und kreisfreien Städte** für den entsprechenden Personenkreis veranschlagt.
- Diese Erstattung erfolgt auf **Grundlage der Vereinbarung der kommunalen Landesverbände mit der Landesregierung** zur Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine vom 29. März 2023.

3. Betreuungsorganisationsgesetz (Kapitel 1005)

- Mit den im Entwurf des Haushalts für das Jahr 2024 eingeplanten Ausgaben im Bereich des Betreuungswesens wird der **Anspruch der Kreise und kreisfreien Städte gegen das Land auf Mehrbelastungsausgleich (Konnexitätsausgleich)** im Zusammenhang mit der **Umsetzung des Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG)** berücksichtigt.
- Im Zuge der **Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts** trat am 1. Januar 2023 das **Betreuungsorganisationsgesetz** in Kraft.
- Infolgedessen **hat das Land den Kreisen** und kreisfreien Städten als örtlichen Betreuungsbehörden **u. a. neue Aufgaben übertragen**, wie **z. B. die der Registrierung der beruflichen Betreuer**, die der Durchführung der erweiterten Unterstützung gem. § 11 Abs. 3 und 4 BtOG als Modellprojekt in zwei Kreisen.

- Die **Kommunen** haben gem. Artikel 57 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung einen **Anspruch auf finanziellen Ausgleich** der mit Aufgabenübertragung verbundenen Mehrbelastungen (Konnexitätsausgleich).
- Im **Haushaltsentwurf 2024** sind für den **Konnexitätsausgleich** im Rahmen des BtOG **800 T€ eingestellt** worden, **weitere 1,7 Mio. € stehen im Einzelplan 11 zur Verfügung**.
 - (**Interner Hinweis:** Es ist geplant, über die NSL die Veranschlagung vom Einzelplan 11 in den Einzelplan 10 zu wechseln.)
- Im Jahr 2023 ist es **gelingen, mit den Kreisen und kreisfreien Städten** zu einer **Einigung über die Höhe des Konnexitätsausgleichs** für die neuen und erweiterten Aufgaben im Rahmen des BtOG zu gelangen.
- Eine **schriftliche Vereinbarung** dazu **wird gerade erarbeitet**.
- Auch mit den zwei Kreisen, die als **Modellbehörden** das **neue Instrument der erweiterten Unterstützung erproben**, konnte eine **Einigung** erarbeitet werden, die **bereits schriftlich festgehalten wurde**.
- Für beide Vereinbarungen sind **Evaluationen geplant**.

4. Kita-Finanzierung (Kapitel 1007)

- Trotz des enormen Spardrucks ist es uns gemeinsam gelungen, die Landesmittel für den Bereich Kita nicht nur stabil zu belassen, sondern im Gegenteil deutlich zu erhöhen.
- So wird die frühkindliche Bildung und Betreuung in Schleswig-Holstein weiterhin mit höchster Priorität gefördert.
- Im **Haushaltsansatz für 2024** zeigt sich im **SQKM-Titel ein Aufwuchs der Mittel von 601.441,8 T€ in 2023 auf 697.033,0 T€ in 2024**, wobei die **Einsparungen** aufgrund der im HHBeglG **vorgesehenen Erweiterung der Hortgruppen auf bis zu 25** Schulkinder ab dem 1. April 2024 **berücksichtigt** wurden.
- Dieser **Aufwuchs erklärt sich** hauptsächlich aus der **Dynamisierung der Betriebskosten im SQKM**.
- Es sind darin die vorgesehenen Dynamisierungsparameter für die **Sachkostensteigerung** und den **Platzzahlaufwuchs** hinterlegt.

- Zusätzlich wird die **TVöD-SuE-Anpassung** ab dem 01.03.2024 ebenfalls **berücksichtigt**.
- So werden zum einen die **Kommunen und Träger unterstützt**, zum anderen kann der **Elternbeitragsdeckel auch im Jahr 2024** auf dem **bisherigen niedrigen Niveau gedeckelt bleiben**.
- **Ab 2024** sollen die jährlich benötigten **Sprach-Kita-Mittel** von **ca. 7,3 Mio. € im Kap. 1007 veranschlagt** werden.
- Um dem Fachkräftemangel im Kita und Jugendbereich entgegenzutreten, fördert das MSJFSIG ab diesem Jahr Maßnahmen der örtlichen und freien Träger.
- Mit den Sprach-Kita-Mitteln werden Kita-Teams durch zusätzliche Fachkräfte mit Expertise im Bereich sprachliche Bildung gefördert, die direkt in der Kita tätig sind.
- Diese beraten, begleiten und unterstützen die Kita-Teams bei der Weiterentwicklung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung.
- Zusätzlich finanziert das Programm eine weitere Fachberatung, die kontinuierlich und prozessbegleitend die Qualitätsentwicklung in den Sprach-Kitas unterstützt. Sie qualifiziert die Fachkräfte innerhalb eines Verbundes von Sprach-Kitas.

5. Projekt Frauen Wohnen und Kompetenzzentrum gegen geschlechtsspezifische Gewalt (Kapitel 1008)

- Das Thema „Wohnen“ ist vielschichtig, die **Hürden für gewaltbetroffene Frauen sind dabei oft besonders hoch**.
- Unser **Ziel** ist es, den **Zugang zu bezahlbarem Wohnraum** für diese Menschen zu **erleichtern**.
- Durch **Frauen_Wohnen** und **möglicherweise eine ergänzende Struktur** kann den Frauen **direkt geholfen** werden.
- Dies ist aus zwei **Gründen** so wichtig:
 - Zum einen sollen die **Frauen nach dem Frauenhausaufenthalt bestmöglich unterstützt und begleitet** werden.
 - Zum anderen sollen die dringend benötigten **Frauenhausplätze für von Gewalt bedrohte oder betroffene Frauen vorgehalten** werden.

- Um das **Wohnraumprojekt weiter zu stärken und bedarfsgerecht konzeptionell fortzuentwickeln**, sieht der **Landeshaushalt für 2024** eine **Gesamtsumme von 1.005 T€** vor.
 - Davon entfallen **930 T€ auf den Haushaltstitel für laufende Zuschüsse** und **75 T€ auf den investiven Haushaltstitel**.
- Das **Projekt** hat auch in **2023** trotz der angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt weiterhin **gute Vermittlungszahlen** vorzuweisen:
 - Während der gesamten Projektlaufzeit haben per 15.10.2023 durch Frauen_Wohnen **1.404 Personen** (622 Frauen und 782 Kinder) ein **eigenes Zuhause gefunden** und waren so in der Lage, aus dem jeweiligen Frauenhaus auszuziehen bzw. einen Frauenhausaufenthalt zu vermeiden
 - (**interner Hinweis**: Neuere Zahlen liegen Ende Januar vor und werden für die Sitzung am 15.02.aktualisiert.)
- Für die **(Weiter-)Entwicklung des Kompetenzzentrums** gegen geschlechtsspezifische Gewalt sind im **Haushalt 2024 statt wie im Vorjahr 125 T€ jetzt insgesamt 200 T€ vorgesehen**.
- Damit soll insbesondere das **Projekt „PRÄVIO – Prävention in Organisation“** mit dem Ziel **ausgebaut** werden, **landesweit Organisationsberatung zum Thema Prävention** von geschlechtsspezifischer Gewalt anzubieten.
- Die **bislang im EP 10 verorteten zusätzlichen Mittel für die Frauenhäuser** werden **nun als Ausfluss der FAG-Änderungen in voller Höhe an den EP 11 transferiert** und **stehen damit**, auch unter Berücksichtigung einer einheitlichen Veranschlagung, **weiterhin zur Verfügung**.

6. Ausländer- und Integrationsangelegenheiten (Kapitel 1009)

- Betrachtet man den Haushaltsentwurf 2024, so **steigen die Ausgaben im Kapitel 1009 im kommenden Jahr gegenüber 2023 um rund 25 Mio. €**.
- Dabei **entspricht** aber das ausgewiesene **Soll 2023 nicht den tatsächlichen Gegebenheiten**.
- Im Laufe des Jahres 2023 sind vor allem die **Titel in der MG 03 (Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten)** und **MG 07**

[Bewältigung der humanitären Aufgaben infolge des Krieges (Notkredit)] einerseits durch Zuflüsse aus Rücklagen aus dem Jahr 2022 und andererseits durch mehrfache Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 11 zur Bewältigung des deutlich gestiegenen Fluchtgeschehens gem. § 8 Abs. 20 Haushaltsgesetz 2023 unter Beteiligung des Finanzausschusses erheblich aufgestockt worden.

- Real weist das **Kapitel 1009 im Jahr 2023** aktuell ein **Soll** in Höhe von **rd. 350 Mio. €** aus.
- Da dieser Betrag aber vor allem wegen der **im Jahr 2023 noch nicht abgewickelten Förderprogramme auf der Grundlage der Vereinbarungen** zwischen der **Landesregierung** und den Kommunalen Landesverbänden (**KLV**) nicht ausgeschöpft werden wird, ist im Hinblick auf die finale Abwicklung der Programme eine **Übertragung der restlichen Notkreditmittel auf das kommende Jahr im Rahmen der sogenannten Nachschiebeliste 2024** vorgesehen.
- Die **deutliche Aufstockung des Solls 2023** im Laufe dieses Jahres **war erforderlich**, um vor allem die **mit den KLV vereinbarten Unterstützungsmaßnahmen der Kommunen** aber auch den deutlichen **Ausbau der Unterbringungskapazitäten** in den Landesliegenschaften und den **damit einhergehenden Anstieg der Kosten z.B. für die Verpflegung, für die medizinische Versorgung und für die Gewährung der AsylbLG-Leistungen** an die Bewohnerinnen und Bewohner finanzieren zu können.
- Weitere kostensteigernde Faktoren sind die **Bewachung einer höheren Zahl an Landesunterkünften**, aber auch die mit der Aufstockung der landesseitigen Unterbringungsplätze untrennbar verbundenen **Kostensteigerungen beim Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge**.
- Der deutliche Anstieg bei den Zugangszahlen bei den Asylsuchenden in den vergangenen Monaten wird eine **weitere entsprechende Nachjustierung der Titelanätze für das Jahr 2024 im Rahmen der sogenannten Nachschiebeliste bedingen**.
- Wie sich der Zugang an Flüchtlingen und ukrainischen Kriegsvertriebenen und damit natürlich auch der **Mittelbedarf im kommenden Jahr weiter entwickeln** werden, **kann derzeit kaum eingeschätzt werden**.
- Die aktuellen Krisenherde lassen **einen Rückgang der Zugangszahlen kaum erwarten**.

7. Unbegleitete minderjähriger Ausländer (Kapitel 1012)

- Das **Land ist gem. § 89d Abs. 1 SGB VIII verpflichtet, den örtlichen Jugendämtern die Kosten für Jugendhilfeleistungen zu erstatten**, die diese für Personen, die aus dem Ausland einreisen - das sind vor allem UMA - erbracht haben.
- Die **tatsächlichen Kosten** sind im Einzelfall je nach Betreuungsdauer und -bedarf **unterschiedlich hoch**.
- **Zum Teil wird Hilfe über die Volljährigkeit hinaus** gewährt (§ 41 SGB VIII).
- Die **Erstattung erfolgt auf Antrag der Jugendämter**, die ihre **Kosten in der Regel jeweils in einer Jahresgesamtliste** geltend machen.
- Auf Basis der vorliegenden Erstattungsanträge und der von den Jugendämtern gemeldeten Bestandszahlen **wird von rund 920 Erstattungsfällen** ausgegangen.
- Multipliziert mit den Durchschnittskosten aus den vergangenen Jahren in Höhe von rund 24.517 € ergibt **sich für 2024 ein rechnerischer Bedarf von 22.750 T€**.
- Aufgrund von **Erfahrungswerten** konnten die **zugrunde zu legenden Basiswerte reduziert** werden und trotz steigender Erstattungsfälle die **jährlichen Kosten zu Gunsten des Landeshaushaltes reduziert** werden.

8. Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe (Kapitel 1012)

- Im Haushaltsentwurf 2024 sind in der **Maßnahmegruppe 05 insgesamt 590 T€ für investive Maßnahmen in der Jugendhilfe veranschlagt**.
- Im Kapitel 1610 wurden im **Haushalt 2023 für Infrastrukturmaßnahmen in Stätten der Jugendarbeit zusätzliche Mittel von 7 Mio. € veranschlagt**.
- **Diese Impulsmittel** stehen in den Jahren **2024 ff. für Bewilligungen zur Verfügung**.
- Von den 7 Mio. € sind **3,2 Mio. € zur Kofinanzierung von Maßnahmen der energetischen Optimierung** von Stätten der Jugendarbeit, die im Rahmen **des Landesprogramms Wirtschaft 2021-2027 mit EFRE-Mitteln in Höhe von bis zu 40 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert** werden sollen, vorgesehen.
- Die **Förderquote** soll durch die **landesseitige Kofinanzierung auf bis zu 80 % erhöht** werden.

- Die **weiteren 3,8 Mio. €** werden zur **Förderung von Investitionen** (Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen) **in Stätten der Jugendarbeit eingesetzt.**
- Eine **erhöhte finanzielle Unterstützung der Träger** ist im Hinblick auf die **durch die Corona-Pandemie entstandenen Liquiditätsengpässe sowie die Energiekrise erforderlich.**